

Der Beitrag in der Saarbrücker Zeitung vom 27.07.2017 im Teil Saarland:

Ministerin Bachmann steht unter Erfolgsdruck

Ihre größten Baustellen sind der neue Krankenhausplan und die Gesundheitsversorgung in Wadern nach der Klinikschließung.

VON DIETMAR KLOSTERMANN

SAARBRÜCKEN Ereignisreiche Wochen und Monate stehen Saar-Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) bevor. Wie die Hülzweilerin gestern vor Journalisten in der Saarbrücker Staatskanzlei aufzählte, geht es um brenzlige Themen wie den Abschluss des Pflegepakts, das Gutachten zum neuen saarländischen Krankenhausplan von 2018 bis 2025 und die Verabschiedung des neuen saarländischen Krankenhausgesetzes. Doch am heftigsten brennt es in Wadern, nachdem die Marienhaus GmbH Anfang Juni die Schließung der St.-Elisabeth-Klinik zum Jahresende angekündigt hatte.

„Das Krankenhaus Wadern wird nicht erhalten. Das können wir ab-

haken und bedauern. Punkt“, sagte Bachmann. Es gehe jetzt darum, die künftige Akutversorgung der Bürger im Raum Wadern sicherzustellen. Dazu hat Bachmann eine Task Force eingerichtet, die unter Leitung ihres Staatssekretärs Stephan Kolling (CDU) steht. Kolling war gestern urteilsbedingte nicht dabei, um darüber Auskunft zu geben, welche Ergebnisse seine Arbeitsgruppe, der Vertreter des bisherigen Krankenhausträgers, des Hausärztesverbandes, des Rettungszweckverbands Saar, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer, der Krankenkassen und des Innenministeriums angehören, erzielt hat. Am Dienstagabend hatte sich in Wadern eine Bürgerinitiative gegründet, die das Ziel hat, das Krankenhaus zu retten. „Wir stehen bereit für die Errichtung



Monika Bachmann
FOTO: BECKER&BREDEL

eines neuen medizinischen Zentrums in Wadern“, betonte Bachmann. Allerdings sei dafür bisher kein Träger in Sicht. Sie habe alle dafür in Frage kommenden Träger angeschrieben, aber leider keine positiven Antworten erhalten. Bachmann zeigte sich enttäuscht über die Geschäftspolitik der katholischen Marienhaus GmbH, die „immer wieder Hoffnungen gemacht“ habe auf den Weiterbetrieb des Waderner Kli-

nikums. „Das ist alles andere als erfreulich. Zumal es auch keine Antworten des Trägers zur Zukunft der anderen von ihm betriebenen Kliniken im Saarland gibt“, sagte Bachmann. Zur Zukunft der stationären Versorgung in Wadern und Losheim habe sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis bis Mitte September vorliegen werde.

Bis Ende September solle ein weiteres Gutachten zum Krankenhausplan (2018 bis 2025) vorliegen. „Wir wollen Personalmindestbesetzungen mit Pflegekräften und Ärzten für die Stationen festlegen“, erklärte Bachmann. Da sei das Saarland Vorreiter im Bundesgebiet. Wenn sich die Träger nicht an die Personalvorgaben hielten, seien auch Stationsschließungen möglich. Laut verschiedener Studien gebe es aber im Saar-

land zu viele und zu kleine, weniger leistungsfähige Krankenhäuser. „Wir unterstützen die Klinikträger darin, ihre bisherigen Strategien zu hinterfragen“, formulierte Bachmann. Ziel müsse sein, eine qualitativ hochwertige Versorgung im ganzen Land zu sichern. Der Krankenhausplan werde Regelungen zur Ausweisung von Zentren für bestimmte medizinische Leistungen enthalten. „Die Kooperation des Klinikums Saarbrücken mit der Caritasklinik bei der Frauenheilkunde ist ein gutes Beispiel“, betonte die Ministerin.

Unklar ist, ob die Krankenkassen 1000 zusätzliche Stellen im Pflegebereich finanzieren. Bachmann will dies bis 2020 erreichen. Um mehr Interessenten den Pflegeberuf schmackhaft zu machen, laufen Kampagnen des Ministeriums.

Bericht in der Saarbrücker Zeitung vom 01.08.2017 im Teil Saarland:

Weiter Kritik an Bachmann

SAARBRÜCKEN (dik) Die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag und Saar-Linken-Chefin Astrid Schramm hat jetzt scharfe Kritik an der Haltung von Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) hinsichtlich der geplanten Schließung des St. Elisabeth-Krankenhauses Wadern geübt. Bachmann habe sich reflexartig auf die Seite der Mari-

enhaus GmbH gestellt, sie müsse aber den Menschen vor Ort in Wadern helfen: „Es reicht eben nicht, die Schließung des Krankenhauses achselzuckend zur Kenntnis zu nehmen, kurz zu bedauern und zur Tagesordnung überzugehen.“

Die Waderner Stadtratsfraktion der Wählergruppe „Pro Hochwald“ sieht Wadern von der CDU/SPD-Landesregierung im Stich ge-

lassen. „Mit den Menschen im hohen Norden des Landes kann man es ja machen! Denkt man wohl in Saarbrücken.“ schreibt die Fraktion Das sei das jämmerliche Bild einer Politik, die nur schaue, wie man eine medizinische Minimalversorgung hinbekomme und dabei Fahrzeiten und Gefährdungspotenzial so auslege, wie es dem eigenen Gusto entspreche.

Bericht in der Saarbrücker Zeitung vom 01.08.2017 im Teil Lokales:

Saarbrücker Zeitung

DIENSTAG, 1. AUGUST 2017

Lokales C3

Gesundheitsministerin im Kreuzfeuer

Ministerin Monika Bachmann hat sich im Krankenhausstreit nicht durch Feingefühl ausgezeichnet. Dafür steht sie jetzt in der Kritik.

VON CHRISTIAN BECKINGER

WADERN Die Wählervereinigung Pro Hochwald, mit sieben Sitzen im Stadtrat von Wadern vertreten, hat scharfe Kritik an den Äußerungen von Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU) zur Schließung des Waderner Krankenhauses geübt: „Das Krankenhaus Wadern wird nicht erhalten. Das können wir abhaken und bedauern. Punkt“, zitiert die Wählerliste in einer Mitteilung, was Ministerin Bachmann in

„Das Krankenhaus Wadern wird nicht erhalten. Das können wir abhaken und bedauern. Punkt.“

Monika Bachmann
Gesundheitsministerin des Saarlandes

einem Gespräch mit Journalisten geäußert hat. „Genau die Ministerin, die sich bislang nicht gerade dadurch hervorgetan hat, der Region Perspektiven in Sachen Gesundheitsversorgung zu verschaffen.

Genau die Ministerin, die sich seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Marienhaus GmbH für den Krankenhausstandort Wadern kein einziges Mal vor Ort hat blicken lassen. Genau die Ministerin, deren Staatssekretär bei der öffentlichen Stadtratssitzung vor 800 Bürgerinnen und Bürgern einen an Arroganz und Aggressivität nicht mehr zu überbietenden Auftritt hingelegt hat“, urteilt Pro Hochwald.

Und damit habe Bachmann „wohl unwissentlich für das gesorgt, was wir von ProHochwald mehr als begrüßen, in Saarbrücken aber wohl eher mit Sorge gesehen wird“: die Gründung einer Bürgerinitiative. Diese zeige, dass Verwaltung und Rat nicht alleine für die bestmögliche medizinische Versorgung im Hochwald kämpfen. „Mit den Menschen im hohen Norden des Landes kann man es ja machen – denkt man wohl in Saarbrücken“, findet Pro Hochwald. Die Ratsfraktion spricht vom jämmerlichen Bild einer Politik, „die sich darauf zurückzieht, lediglich zu schauen, wie man eine gesetzeskonforme medizinische Minimalversorgung der Bevölkerung im nördlichen Saarland hinkommt“. Mit verantwortungsbewusstem Handeln habe das rein gar nichts zu tun.

Zwar habe Ministerin Bachmann Briefe an potenzielle Träger geschrieben. „Nur Reaktionen gab es offensichtlich keine.“ Der Landkreis



Muss in Sachen Krankhausschließung verbale Prügel einstecken: Ministerin Monika Bachmann.

FOTO: BECKER&BREDEL

Merzig-Wadern habe „gleich gar nichts in diese Richtung unternommen, obwohl er doch laut Gesetz für die Krankenhausversorgung zuständig ist – hier zählt ohnehin nur Merzig“, kritisiert Pro-Hochwald-Sprecher Helmut Holbach. Nur die Stadtverwaltung und der Stadtrat Wadern bemühen sich aus Sicht der Wählervereinigung nach Kräften um eine Rettung des Krankenhaus-Standortes. „Die Verwaltung redet mit Trägern landauf, landab, sucht sich Partner für ein Gesundheitszentrum. Der Stadtrat beweist in Einmütigkeit mit einer sehr weit-sichtigen Resolution, dass er nicht für ein Alles oder Nichts steht, sondern offen ist für Lösungen, die den Menschen vor Ort weiterhelfen.“ Indes: Beide stünden quasi allein. Für Pro Hochwald „ein trauriges Bild eines Landes, dessen Grenzen offenbar doch in Lebach beziehungsweise in Merzig aufhören“. Helmut Holbach weiter: „Dass wir das Krankenhaus unter der Führung der Marienhaus GmbH in Wadern abhaken können, mag tatsächlich sein. Mit einem Träger, der derart verantwortungs- und planlos durch die Landschaft stiefelt, ist ohnehin kein Staat zu machen.“

Das Versagen eines Trägers sei jedoch kein Freibrief für die große Politik, zur Tagesordnung überzuge-

hen. Holbach: „Aktionismus allein reicht nicht Es mag dabei durchaus gesetzeskonform sein, sich als Landesregierung oder als Landkreis darauf zu beschränken, die Notfallversorgung vor Ort zu sichern.“ Die politische Dimension des Themas werde dabei allerdings völlig verkannt. „Es ist nämlich im Gegenzug auch nicht verboten, sich aktiv an der Frage zu beteiligen, wie der Stadt und der gesamten Region eine Perspektive jenseits der 30-Minuten-Fahrzeiten eröffnet werden kann. Es ist nicht verboten, sich jenseits einer Task-Force, die wohl eher als Abwicklungseinrichtung denn als Zukunftswerkstatt agiert, Gedanken darüber zu machen, wie eine wirtschaftlich durchaus potente Region dort gestärkt werden kann, wo sie schon aufgrund der Bevölkerungsdichte leider verletzbar ist: in der öffentlichen Infrastruktur.“ Jedoch unterbleibe all das, weil man glaube, dass der Protest im fernen Hochwald im übrigen Land nur wenig gehört wird. „Die werden schon irgendwann Ruhe geben“, denke man sich in Saarbrücken. Insofern ist die Gründung einer Bürgerinitiative nicht nur folgerichtig, sondern zwingend geboten, um der Ignoranz in der fernen Landeshauptstadt ein markantes Zeichen entgegenzusetzen.

REAKTIONEN

„30 Minuten Fahrzeit sind eine Zumutung“

Die Direktkandidatin der Linken für die Bundestagswahl im Wahlkreis Saarlouis, Marilyn Heib, hat sich der Arbeitsgruppe der Bürgerinitiative gegen die Schließung des Krankenhauses Wadern angeschlossen: „Bedauerlicherweise waren keine der politisch Verantwortlichen beim Gründungstreffen der Bürgerinitiative in Wadern anwesend“, kritisiert Heib. Sie bemängelt die mangelnde Transparenz der Marienhaus GmbH: „Für die Öffentlichkeit ist es schwer nachprüfbar, dass das Krankenhaus unrentabel sei. Kann denn überhaupt ein Krankenhaus unrentabel sein, wenn dort Menschenleben gerettet werden oder betrachten wir mittlerweile alles unter wirtschaftlichen Aspekten? Bis zu 30 Minuten Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus sind eine Zumutung für die betroffenen Menschen in der Region, denn sie haben wie die Menschen im südlichen Saarland ein Recht auf eine akzeptable, gesundheitliche Grundversorgung“, betont Heib. Dass andere Standorte wirtschaft-

licher wären oder ein Zubau eines Altenheimes oder Erweiterung des Krankenhauses das Krankenhaus nicht rentabel machen könnten, sei nicht eindeutig belegt. Heib macht sich stark für den Hochwald: „Die Bürger der Region Wadern können das nicht einfach so hinnehmen und sind mangels Unterstützung von Seiten der Landesregierung gezwungen, sich nun selbst um Gespräche mit potentiell anderen Trägern zu bemühen“, schreibt Heib in einer Presseerklärung Die Beckinger Abgeordnete Dagmar Ensch-Engel und Kreisvorsitzende der Linkspartei ergänzt die Parteifreundin: „Das Krankenhaus Wadern hatte 1200 Notaufnahmen im letzten Jahr zu verbuchen. Kann man diesen Menschen künftig derart lange Anfahrtszeiten ins nächste Krankenhaus zumuten? Noch im letzten Jahr wurde der Klinik-Verband Nord-Saar aus der Taufe gehoben. ‚Kliniken im Nordsaarland bleiben erhalten‘, hieß es damals. Die Halbwertzeit solcher Ankündigungen ist erschreckend gering“, findet die Politikerin. Deshalb sei das Aus für das Waderner Krankenhaus „ein absolutes Warnsignal für die anderen Standorte“.

REAKTIONEN

„Bachmann wird von Wirklichkeit eingeholt“

Auch die FDP nimmt Gesundheitsministerin Monika Bachmann ins Visier: Kirsten Cortez, Direktkandidatin der FDP für die Bundestagswahl im Landkreis Merzig-Wadern, erkennt in der Schließung eine klare Mitverantwortung der Landesregierung. „Ministerin Bachmann hat es versäumt, den neuen Krankenhausplan für das Saarland rechtzeitig zu erstellen“, erklärt sie gegenüber der SZ. Der alte Krankenhausplan sei für die Jahre 2011 bis 2015 gültig gewesen.

„Die Ministerin hat den neuen, längst überfälligen Plan bewusst verzögert, er hätte lange vor der Landtagswahl vorliegen müssen.“ Offensichtlich wollte Bachmann das Thema aus dem Wahlkampf heraushalten, findet Cortez. „Jetzt wird

sie von der Wirklichkeit eingeholt“. Die Krankenhausträger handelten nun selbst, da keine verlässliche Planung des Landes vorliege. Die hektische Bildung einer „Task Force“ hat nach ihrem Eindruck nur eine Alibi-Funktion zu haben, „weil der Leiter dieses Krisenstabs ohne vorzeigbare Ergebnisse im Urlaub weilte“. Cortez: „So kann man weder bei den Menschen im Hochwald noch bei den Krankenhausträgern Vertrauen gewinnen.“ Bachmann selbst hatte angekündigt, im neuen Plan auch Schließungen von Krankenhäusern vorzusehen. „Mit dem Widerstand aus Wadern bekommt sie jetzt schon einen Vorgeschmack auf die Reaktion der Bürger. Von der Ministerin erwarten wir nicht nur Alibi und Placebos sondern konstruktive Vorschläge für die Zukunft im Hochwald.“